

Einleitend stellte Herr Gleß anhand einer PowerPoint-Präsentation das Thema vor. Danach meldete sich Herr Züll von der FDP-Fraktion zu Wort und teilte mit, dass er auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Umweltausschusses des Städte- und Gemeindebundes sprechen würde. Er las aus dem Beschlussvorschlag zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes folgendes vor:

„Der Ausschuss stellt fest, dass die raumordnerischen Festlegungen des LEP-Entwurfs grundsätzlich einen angemessenen Schutz des Freiraums vorsehen, jedoch im Bereich des Klimaschutzes und des Ausbaus der erneuerbaren Energien eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Entwicklung der Kommunen erheblich erschweren und ihre Planungshoheit unangemessen einschränken. Er lehnt den LEP-Entwurf daher in der vorliegenden Fassung ab und fordert die Landesplanungsbehörde auf, den Entwurf unter Berücksichtigung der Grundsätze der Überörtlichkeit, der Überfachlichkeit, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu überarbeiten und dabei die Anregungen zu den einzelnen Festlegungen in der Begründung zu berücksichtigen.“

Herr Züll stimme Herrn Gleß insoweit zu, dass die Auswirkungen aus diesem Entwurf für unsere Stadt tatsächlich überschaubar sind, weil die Stadt gut aufgestellt ist.

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion teilte mit, dass die in ihrer Fraktion zuvor gestellten Fragen nach den Auswirkungen für Sankt Augustin durch die Ausführungen der Vorredner beantwortet seien.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte fest, dass seine Fraktion das anders sehe. Man könne der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes in diesem Punkt nicht folgen. Insbesondere stelle sich die Frage, ob sich die Probleme einer Kommune auf lokaler Ebene lösen lassen, sehe man sich z.B. die Problematiken des Klimawandels und der zunehmenden Landschaftszerschneidung an. Auch sei das Thema Windenergie z. B. ein typischer Fall, wo sich Probleme auf lokaler Ebene nicht lösen lassen. Gleiches gelte auch für die Biotopverbunde bzw. die Frage nach den Siedlungsflächen. Der Grundansatz des Städte- und Gemeindebundes sei nachvollziehbar, er gehe aber allerdings zu weit weg von der Verantwortung, die die Kommunen gemeinsam wahrnehmen müssen. Deshalb könne seine Fraktion den Beschluss so nicht mittragen.

Dann wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.